

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellsitz von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Brette) mit Petitdruck oder deren Raum 8 kr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerich in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Postcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Amtlicher Theil.
Die Sitzung der Nationalversammlung am 28. März. Der Erzherzog-Reichsverweser.
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. Frankfurt (Verhandlungen der verfassunggebenden Versammlung für Frankfurt). Wien (Das Bombardement von Komorn. Baron Kübeck. Veterarweiden). Berlin (Das Ministerium. Die Schleswig-holsteinische Angelegenheit). Stuttgart (Aus der zweiten Kammer). Kassel (Ständeverhandlungen). Braze (Die deutsche Dampffregate „Erzherzog Johann“). Italien. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Oberitalien).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Amtlicher Theil.

Der Präsident der verfassunggebenden Reichsversammlung hat derselben in der gestrigen 197. Sitzung folgende Eröffnung gemacht: *)

Meine Herren! Ich bin durch Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog-Reichsverweser, dessen diesfällige Weisung mir aber durch Vermittelung des interimistischen Präsidenten des Reichsministerraths zugekommen ist, angewiesen, Ihnen folgende Mittheilung zu machen. Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hatte auf den gestrigen Nachmittags 6 1/2 Uhr den Präsidenten und das Bureau der Reichsversammlung, sowie den interimistischen Präsidenten des Reichsministerraths und den interimistischen Reichsjustizminister zu sich beschieden. Se. kaiserl. Hoheit erklärte den in seinem Zimmer versammelten Männern, — es waren nach der Anordnung des Herrn Erzherzog-Reichsverwesers der interimistische Präsident des Reichsministerraths, der interimistische Reichsjustizminister, der Präsident der Nationalversammlung, der zweite Vicepräsident derselben und ihr erster Schriftführer, wörtlich: „Ich finde mich bestimmt, unter den obwaltenden Verhältnissen die Würde eines Reichsverwesers zurückzulegen; ich ersuche Sie, Herr Präsident, diesen meinen Entschluß der Nationalversammlung anzukündigen.“ Der Präsident der verfassunggebenden Reichsversammlung erlaubte sich, gegen diesen von Sr. kaiserl. Hoheit kundgegebenen Entschluß eine ehrerbietige Gegenvorstellung zu machen, welche mit Hinweisung auf die gegenwärtige so gefährliche Lage des Vaterlandes und die Bestimmungen des von Sr. kaiserl. Hoheit angenommenen Gesetzes vom 28. Juni vorigen Jahres, die dringende Bitte an den Herrn Erzherzog-Reichsverweser enthielt, den eben gegen die Versammelten kundgegebenen Entschluß zurücknehmen zu wollen. Se. kaiserl. Hoheit ließ dieser Gegenvorstellung ein günstiges Ohr und ordnete an, daß die Anwesenden sich zurückziehen, und nach einer Stunde seinen ferneren Bescheid entgegennehmen sollten. Nach Ablauf dieser Stunde erhielt der interimistische Präsident des Reichsministerraths folgende Zuschrift von Sr. kaiserl. Hoheit:

„Lieber Freiherr v. Gagern! — In der seit unserem Zusammenritte abgelaufenen Stunde bin ich mit mir über den besprochenen Gegenstand zu Rathe gegangen, und finde, nicht von meinem, auf reife Ueberlegung gegründeten Entschlusse abzugehen. — Indem ich in der Anlage Ihnen das aufgenommene Protocoll übersende, ersuche ich Sie, das weiter Nöthige in der Art zu veranlassen, daß ich, sobald als es ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen kann, mich als der Pflichten meines Amtes enthoben betrachten könne. — Frankfurt a. M., den 28. März 1849. — (Geg.) Erzherzog Johann.“

Mit dieser Bekanntmachung wird die weitere Anzeige verbunden, daß Se. k. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser die demaligen interimistischen Minister beauftragt haben, die Geschäfte mit voller Amtsgewalt und Verantwortlichkeit bis auf Weiteres interimistisch fortzuführen.
Frankfurt, 30. März 1849.

Nichtamtlicher Theil.

△ Frankfurt, 29. März.

Wer gestern der Kaiserwahl beigewohnt und seine Gedanken zurückgelenkt hat zu dem Tage, da der Reichsverweser gewählt worden, der konnte sich einer wahrhaft wehmüthigen Vergleichung nicht enthalten. Damals sahen wir manches Preußenamtlich die Resignation verwinden, mit welcher dem österreichischen Prinzen die Stimme zufiel; aber alle Preußen, die Republikaner ausgenommen, stimmten

*) Dem stenographischen Protocoll entnommen.

wie ein Mann für des Erzherzogs Johann Erhebung zu einer Würde, von welcher man zu jener Zeit nicht vorhersehen konnte, ob sie sich nicht zu einer dauernden besessenen Würde. Jener Tag neidloser Uebereinstimmung, er bot ein großes, ein erhebendes Schauspiel deutscher Einmüthigkeit. — Und was bot sich uns gestern? — Leider müssen wir es sagen: Oesterreichs Vertreter haben nicht Gleiches mit Gleichem vergolten: nicht eine österreichische Stimme, wenn wir recht gehört, fiel auf das Haus Hohenzollern! Wir beneiden Oesterreich nicht um diesen Ruhm, und sind, trotz alle dem, was Präsident Simson heute in der Nationalversammlung mitgetheilt hat, überzeugt, auch der Erzherzog-Reichsverweser, der nicht vor allem Oesterreicher, dessen Blick weiter reicht als bis zum vermeintlichen Vortheile der nächsten Tage, und dessen erhabene Denkungsweise nicht bloß das Wohl des Oesterreichs, sondern auch das des Westreichs unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes umfaßt, — wir sind überzeugt, auch er hätte gewünscht, es möchten gestern seine Landsleute den Preußen das vergolten haben, was diese im Juni v. J. an ihm gethan. Daß übrigens die Einwirkungen, welche in Staatschreiben aus Osmüg vor aller Welt offen liegen, wovon eines des Fürsten Schwarzenberg übrigens unbegreiflicher Weise sogar so weit geht, über den fühnen Griff zu spotten, durch welchen doch der Erzherzog selbst zur Würde des Reichsverwesers erhoben worden, sowie die Einwirkungen der Herren von Schmerling und Andere, welche bei Sr. k. Hoheit fortwährend aus- und eingehen, daß, sagen wir, alle diese Einwirkungen nicht ohne jedweden Einfluß bleiben konnten, ist allzunatürlich, als daß wir über dasjenige erstaunen sollten, was heute Morgen der Nationalversammlung über den Wunsch des Reichsverwesers, „nunmehr recht bald seiner Würde und Bürde enthoben zu werden,“ mitgetheilt worden ist. Der erste Eindruck aber, dessen sind wir, die wir Sr. k. Hoheit gewissenhafte Denkungsweise zu kennen glauben, gewiß, dieser erste Eindruck wird vorübergehen, und der Erzherzog wird sein Werk und den Ruhm seines langen Lebens dadurch krönen, daß er das einmal Begonnene auch männlich vollendet, daß er das Amt, dessen Pflichten er mit seinen Rechten übernommen, mit deutscher Treue bis zu dem Augenblicke verwaltet, wo das neu bestellte Oberhaupt seine Stelle thatsächlich einzunehmen im Stande sein wird. Ja wir zweifeln nicht, es werde sich das wiederholen, was unser Schiller von Friedrich dem Schönen und Ludwig dem Bayer als Denkmal deutschen Edelmuthe besungen; und bei seiner Ankunft in der alten Krönungsstadt wird der neue Kaiser als des Reichsverwesers Gast mit ihm unter einem Dache wohnen.

Frankfurt, 30. März. Die Mittheilung in unserer gestrigen Beilage (zu Nr. 76) über den Vortrag des Herrn Präsidenten Simson in Bezug auf den von Sr. k. Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser geäußerten Wunsch, sein Amt zurückzulegen, bedarf der Berichtigung, und wir würden uns deshalb veranlaßt gesehen haben, den stenographischen Bericht darüber abdrucken zu lassen, wenn dieser nicht ohnedies heute im amtlichen Theile erschiene. Jedenfalls scheint so viel sicher, daß Sr. k. Hoheit erste Erklärung missverstanden worden, und von Anfang an keine andere Absicht bei Ihnen bestand, als die hohe Würde des Reichsverwesers dann erst niederzulegen, wenn dies ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands geschehen könne.

Frankfurt, 29. März. Die Deputation, welche dem König von Preußen die Uebertragung der deutschen Kaiserwürde officiell anzeigen und seine Entscheidung entgegennehmen soll, besteht, wie bereits mitgetheilt, aus dem Präsidenten der Nationalversammlung und 32 andern Mitgliedern, als Repräsentanten der verschiedenen deutschen Staaten und Volksstämme. Sie wird ihren Weg auf einem Extradampfsboot rheinabwärts über Köln und von da über Hannover, Braunschweig und Magdeburg nach Berlin nehmen. Möge ihr der Jubel des Volkes überall entgegen tönen und den Beweis geben, daß es den Weg zu seinem wahren Heile, den Weg zur Einheit und Größe des Vaterlandes wohl erkannt hat und sich von demselben nicht wegdrängen lassen will. Möge die Aufnahme in Preußen und vor allem in Berlin selbst, es den Mitgliedern der Deputation, welche andern als preussischen Gauen entstammt sind, zur vollen Ueberzeugung bringen, daß Preußen bereit ist, der Größe des gesammten Vaterlandes jedes Opfer zu bringen. — Wir vertrauen darauf, daß Preußens König vor der Größe der Aufgabe, zu welcher ihn die Nation durch ihre Vertreter berufen hat, nicht zurückschrecken werde; wir rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß sein Entschluß ein schneller, großer, des großen Moments vollständig würdiger sein werde. Wohl begreifen wir Bedenken und Schwierigkeiten, welche der Annahme der Wahl entgegenstehen können, aber das begreifen wir nicht, wie sie von den Schwierigkeiten und dringenden Gefahren der Ablehnung nicht zehnfach sollten überwogen

werden. Das ganze Volk fühlt es, daß der jetzige Augenblick einer der größten, ja ein mit keinem anderen vergleichbarer Durchgangs- und Wendepunkt in der deutschen Geschichte ist; wie sollte es der nicht fühlen, welchen die deutsche Nation berufen hat, der feste Angelpunkt dieser Bewegung zu sein? Aber auch dem deutschen Volke wird die im Kaiser repräsentirte Einheit von Tag zu Tage theurer werden; soweit von hier aus unsere Beobachtungen reichen, bewährt sich dies jetzt schon unwiderlegbar.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

** Niemals sind die Zeitungsnachrichten mehr abweichender Natur und einander widersprechender gewesen als über den augenblicklichen Stand der Kriegs- und Friedensfrage mit Dänemark. Angeblich officiellen Nachrichten hannoverscher und anderer Blätter, der Waffenstillstand sei bis zum 15. April verlängert, haben wir bereits vor mehreren Tagen widersprochen, wie wir dazu aus guter Quelle in Stand gesetzt waren. Jene Angabe hat sich dennoch erhalten und will Anspruch auf Glauben machen. Einem Theil unserer hiesigen Leser haben wir deshalb schon gestern Abend in einer zweiten Ausgabe der Beilage gemeldet und wiederholen heute, was wir aus guter Quelle wissen, daß nämlich dem Reichsministerium von einer Verlängerung der Waffenruhe officiell Kunde nicht zugegangen ist. Wie viel Wahres an den gestrigen der „Börsehalle“ entnommenen Angaben von Friedenspräliminarien und einer Friedensbasis ist, wissen wir nicht; eben so wenig, ob gegründet ist, was der „Kölnischen Zeitung“ unter dem 26. März aus Berlin geschrieben wird. Dort heißt es nämlich: Sichern Vernehmen nach soll am 19. d. M. in Beziehung auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit in London ein Conferenzprotocoll unterschrieben worden sein, durch welches in den Beziehungen der streitenden Mächte auch über den 26. hinaus eine Art Provisorium angeordnet würde, wodurch ohne eine directe Verlängerung des Waffenstillstandes dem sofortigen Wiederausbruche der Feindseligkeiten vorgebeugt wird. Die Friedenshoffnungen erhalten dadurch wieder neue Anhaltspunkte.

Der „Altonaer Mercur“ enthält ein aus Sonderburg vom 20. dieses datirtes Schreiben des dänischen Generalmajors v. Bülow an den Generalmajor v. Bonin, in welchem er mit Rücksicht auf die im Malmeder Vertrage für den Fall der Kündigung des Waffenstillstandes und des Wiederbeginnes der Feindseligkeiten vorhergesehenen Bestimmungen die Erwartung ausspricht, daß die sämmtlichen in der Landschaft Sundewitt befindlichen Truppen sich spätestens bis zum 26. d. M. hinter die zwischen den Generalen v. Krogh und v. Wrangel im vorigen Jahre festgestellte Demarcationslinie zurückziehen werden. In der aus Flensburg vom 21. datirten Antwort des General v. Bonin bemerkt derselbe, daß im Widerspruche mit jener Convention die Stadt Ripen nicht von dänischen Truppen besetzt sein sollte, daß ferner die Besatzung der Insel Alsen dem Vertrage zuwider bereits seit mehreren Monaten in auffallender Weise verstärkt worden sei, und daß der jetzt schon angefangene Bau der Brücke über den Alsen-Sund nicht vor dem Ablaufe des Waffenstillstandes hätte beginnen dürfen.

Ueber die Truppenmärsche nach Schleswig-Holstein stellen wir die neuesten Berichte zusammen: Durch Harburg passirte am 26. nach Altona: das 3. leichte Bataillon hannoversche Infanterie und ein Bataillon des 3. hannoverschen Infanterieregiments, sowie der hannoversche Generalkstab. In Hamburg kamen am 25. an: 2000 Mann königl. sächs. Infanterie pr. Eisenbahn von Berlin; sie wurden von einer zahlreichen Menschenmenge in die Stadt eingeholt und sollten am 26. nach Rendsburg abgehen; — ferner 900 Mann sachsen-meiniger Infanterie und 1000 Mann bayerische Jäger. Nach Altona durchpassirt sind 500 Mann kurhess. Infanterie und eine Batterie hannov. reitende Artillerie. Auch Beseler, A. v. Moltke und General v. Prittwitz reisten nach Schleswig durch. — In der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ findet sich ein Aufruf an alle Forst- und Waldmänner sowie an jeden geübten Büchschützen im Allgemeinen, insbesondere aber auch an die Mitglieder des frühern Bradlow'schen Corps, welche an der Ehre des Kampfes für die Freiheit der Herzogthümer Theil nehmen wollen, sich vor Ablauf dieses Monats mit eigener Büchse, einem Hirschfänger, Faschinenmesser oder sonstigem kurzen Seitengewehr und den erforderlichen Bekleidungsstücken versehen in Rendsburg, im „Bureau für freiwillige Scharfschützen“, anmelden zu wollen.

Die Kopenhagener Berichte vom 22. melden: Der Courierwechsel zwischen hier und London ist fortwährend sehr lebhaft. Ein russischer Courier soll heute mit günstigen Zusagen eingetroffen sein. — General Fabvier geht heute, der Kriegsminister Hansen morgen zum Heere auf Alsen ab. Wer den Oberbefehl übernehmen wird, scheint noch

nicht definitiv bestimmt zu sein. — Das Linienschiff „Christian VIII.“ legte heute aus dem Baume.

Sarburg, 26. März. Diesen Morgen 7 Uhr 55 Min. kam hier das dritte leichte Bataillon hannoversche Infanterie, 500 Mann stark, per Eisenbahn an und wurde sogleich nach Altona befördert. Um halb 11 Uhr passirte hier ein Bataillon des dritten hannoverschen Infanterieregiments, um nach Altona zu gehen. 11 Uhr. Der hannoversche Generalstab geht soeben nach Altona ab.

Hannover, 27. März. Das kurhessische Husarenregiment, welches seit Sonntag Morgen auf dem Marsch nach Schleswig-Holstein hier gerastet hatte, ist heute Mittag über Celle weiter gegangen.

Deutschland.

Frankfurt, 28. März. Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt. 1) Wahl des Ausschusses von 9 Mitgliedern wegen der Umgestaltung der Bürgerwehr. 2) Gesuch mehrerer Bürger von Bornheim, die ihnen bei Rückgabe von Cautionen gemachten Abzüge betreffend; geht an den Petitionsausschuss, ebenso 3) Gesuch hiesiger Bürger und Fischermeister, die Verwendung von Mainsand zu öffentlichen Bauten betreffend, sowie 4) Gesuch hiesiger Bürger, Schiffer- und Fischermeister, die Bauten im Flussbette des Mains betreffend. 5) Gesuch des Arbeiterbildungsvereins, die Einräumung eines Versammlungslocals betreffend, begleitet von einer empfehlenden Zuschrift des Präsidenten des Vereins zum Schutze deutscher Arbeit, Fürsten von Hohenlohe. Dr. Reinganum beantragt die sofortige empfehlende Ueberweisung an den Senat. Diesem Antrage sind jedoch Dr. Binding und Dr. jur. Friedleben entgegen und wollen vorherige Prüfung durch die Petitionscommission, was beschlossen wird. 6) Vortrag des Senats, der Stadt zustehende Fischereirechtigkeiten betreffend. Der Senat beantragt, die städtischen Fischereirechtigkeiten zu Bonames, Dortelweil u., deren Ertrag ohnehin von sehr geringem Belang ist, den betreffenden Gemeinden abzutreten, was ohne Discussion beschlossen wird. 7) Vortrag des Senats, einige aus den Gemeinden Bonames, Dortelweil und Oberwald zur Staatskasse fließenden Gefälle betreffend. Hierin beantragt der Senat die Aufhebung der Viehbeed zu Bonames, des Blutzehntens zu Dortelweil und des Kellergeldes zu Oberwald, die nach den vorgelegten 43jährigen Durchschnittsberechnungen eine sehr winzige Revenue liefern, und die Versammlung gibt ihre Zustimmung. 8) Ausschussbericht über das Stadtfuhrwerk. Der bisherige Accord mit dem Lohnfuhrer Kessler soll nach dem Senatsantrage aufgehoben, demselben eine Entschädigung von 25,000 fl. in jährlichen Raten von 2000 fl. zu 4 Procent verzinstlich ausbezahlt und ihm gestattet werden, gleich andern Lohnfuhrern Droschken aufzustellen. Dagegen soll von den Droschkenführern ein jährliches, vorauszahlbares Concessionsgeld von 20 fl. per Droschke erhoben werden, dessen Nichtzahlung, sowie die Nichtbeobachtung verschiedener polizeilicher Vorschriften, den Verlust der Concession nach sich zieht. Die Zahl der Droschken soll auf 100 festgestellt werden, vorbehaltlich des Rechts der Vermehrung derselben durch das Polizeiamt, wenn sich ein Bedürfnis hierfür herausstellt. Die Concessionsgelder hören auf, sobald die Entschädigungssumme abgezahlt ist. Der Ausschuss trägt auf Genehmigung dieser Uebereinkunft an. Diese Genehmigung wird nach einiger Discussion ertheilt. 9) Der Abg. Herwig wiederholt seinen Antrag: den Senat aufzufordern, unverzüglich eine Specification der der Reichskasse von Seiten Frankfurt vorgeschossenen Gelder vorzulegen, da auf den diesfälligen früheren Beschluss noch nichts erfolgt sei. Er motivirt denselben dahin: im Juni v. J. hätten zu einem gewissen Hilfszwecke 50,000 fl. vorgeschossen werden sollen, es habe aber damals geheißen, es sei kein Geld vorräthig. Nun aber habe man der Reichskasse 600,000 fl. vorgeschossen können, was ihm unbegreiflich sei. Dr. Reinganum stellt den erweiterten Antrag: den Senat zu ersuchen 1) eine Specification über diejenigen Summen zu geben, welche dem Reiche seit dem 18. Sept. 1848 aus der städtischen Centralkasse des Rechnungsrates mittelbar oder unmittelbar als Vorhülfe ausbezahlt worden; 2) mitzutheilen, welche Zahlungen vom Reiche wieder gemacht worden; 3) anzuzeigen, welche Kosten die Aufbringung dieser Gelder verursacht habe und 4) einen Senatscommissar zur Auskunftserklärung abzuordnen. Dieser Antrag wird angenommen. 10) Bericht des Petitionsausschusses über die Rückäußerung des Senats, die Pressvergehen betreffend. Dr. Binding findet in der sofortigen Behandlung dieses Berichtes, der erst heute eingelaufen, eine Ueberstürzung, Dr. jur. Friedleben aber nicht, denn der Gegenstand sei schon zwei- oder dreimal hier behandelt worden. Es wird in die Beratung eingetreten. Der Petitionsausschuss kann, nach seinem Berichte, die Ansichten des Senats in dieser Sache nicht theilen. Allerdings können die Schwurgerichte nicht mit einem Zauberschlage geschaffen werden, allein es sei ganz irrig, wenn man glaube, daß durch den von hier aus vorgeschlagenen Gang der Lauf der Gesetze gehemmt werde; dies sei auch nicht der Sinn des vorgeschlagenen Gesetzes. In dem Einführungsgesetze über die Grundrechte finde sich keine Stelle, welche der Wirksamkeit der Landesgesetzgebungen irgend ein Hemmiß entgegen stelle, und das Gesetz vom 2. März sei auf keine Weise im Widerspruch mit diesem Einführungsgesetze. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre das Reichsjustizministerium befugt gewesen, Halt zu gebieten. Die Mängel des hiesigen Verfahrens machen das Bedürfnis einer wenigstens zeitweiligen Verbesserung nothwendig und dadurch werde man der öffentlichen Rechtspflege bessere Dienste leisten, als durch alles Andere. Das Gesetz vom 2. März beabsichtige bloß einen kurzen Ausschub; in Weimar und andern Staaten sei er ohne Widerspruch bewilligt worden. In jedem Fall werde der Verzug nur kurz sein, da der diesfällige Gesetzesentwurf bereits im Druck sei. Dringender aber noch als derselbe sei die Empfehlung an den Senat, die Staatsanwaltschaft baldigst

zu berufen, damit dieselben ihre Vorarbeiten beginnen können. Der Ausschuss trägt darauf an, die Versammlung möge beschließen: 1) dem Senat unter Mittheilung einer Abschrift des Berichtes zu eröffnen, daß sie von dem am 2. März beschlossenen Gesetze nicht abzuweichen vermöge; 2) denselben zu ersuchen, der weiteren Ausführung des Gesetzes nicht länger Anstand zu geben, sondern dasselbe zu verkünden, und von gegenwärtiger Eröffnung und deren Beilagen dem Reichsjustizministerium Mittheilung zu machen; 3) ferner die Ernennung der Staatsanwälte zu beschleunigen, damit die Einführung der Schwurgerichte ermöglicht werde; 4) für die Abhaltung dieser letztern bis zum Ausbau des Leinwandhauses provisorische Räumlichkeiten anzuweisen, und 5) über sämtliche Vorschläge rasche Rückäußerung hierher gelangen zu lassen. Nach mehreren Debatten, woran sich Dr. Binding, Dr. jur. Friedleben, Senator Göster, Dr. Reinganum u. A. theilnahmen, werden die bezeichneten Punkte erst einzeln, und dann das Ganze in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 4 angenommen. 11) Eine Petition vieler hiesiger und auswärtiger Bürger, welche in den Septembererzissen angeschuldigt sind, drückt den Wunsch aus, es möchte die Aburtheilung dieses Processes beschleunigt, und damit nicht auf die Beendigung des Baues im Leinwandhause gewartet werden. Der Präsident wird beauftragt, den Bittstellern den geeigneten Aufschluß über den Stand der Sache zu geben. 12) Zwei Petitionen, Anstellungs- oder Remunerationssgesuche enthaltend, werden an den Petitionsausschuss gewiesen.

[.] **Wien, 25. März.** Nachrichten aus Ungarn zufolge sind nach Komorn bereits 600 Bomben geworfen worden und wurde dort bereits zwei Mal die weiße Fahne aufgesteckt, aber von der Kossuth'schen Partei wieder herabgerissen. Man zweifelt hier fast an dem Fall der Festung, wenn nicht in derselben die kaiserliche Partei die Oberhand erlangen sollte. — Baron Kübel wird wohl lange Zeit in Ofen verweilen. Die Verbindung des ungarischen Landesfinanzwesens mit dem kaiserlichen Ministerium ist der Zweck seiner Sendung, woran sich die verhältnismäßige Besteuerung dieses Kronlandes und die Entwicklung der dazu gehörigen Mittel, als schwierigste Aufgabe knüpfen. — Von größter Wichtigkeit ist die nunmehr erfolgte Vereinigung der Armee des Banus mit den südliehen k. k. und den serbischen Truppen, wodurch der Kriegsschauplatz wesentlich verkleinert, und, wenn es die Witterung gestattet, baldigt der Weg nach Debreczin gebahnt wird. — Der österreichische Gesandte zu Berlin, Graf Trautmannsdorf, ist, unter Verleihung des Leopold-Großkreuzes, in den Ruhestand versetzt, und Ritter Profesch von Ofen an dessen Stelle ernannt worden.

Die an Seine Majestät abgeordnete Deputation, bestehend aus dem Banquier Pasquale Revoltella, dem Advocaten Dr. Scrinzi und dem Kaufmann Millanich, wird folgende Bitten vorzutragen haben: a) Constituirung der Stadt Triest mit dem dazu gehörenden, als für sich bestehenden Kronlande mit eigener Landesverfassung; b) Bestätigung des Freihafensprivilegiums und der damit verbundenen Freiheiten; c) Vernehmung des Stadtrathes über die zu ertheilende Verfassung. (C. 3.)

Dem Vernehmen nach erhält Fürst Windischgrätz nicht nur einen Civilbeamten, sondern auch eine militärische Capacität an die Seite, um den Krieg in Ungarn energischer führen zu können. Baron Kübel ist in dieser Eigenschaft bereits in Pest eingetroffen und wird General Welden als der tüchtigste bezeichnet, der dem alten Fürsten Windischgrätz beigegeben werden soll. Höchst wahrscheinlich würde in diesem Falle der Belagerungszustand aufgehoben werden, da die bereits hergestellte Ruhe die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht mehr bedingt. Eine starke Garnison und ein tüchtiger umsichtiger General reichen dann vollkommen hin, die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Der amtliche Theil der heutigen „Wiener Zeitung“ bringt eine Verordnung gegen den Ankauf von Kunstschägen aus den Galerien zu Rom, Florenz und Venedig. — Einem, vielleicht unverbürgten, Börsengerichte zu Folge soll Oesterreich an den russischen Hof die Forderung gestellt haben, 60,000 Mann Hilfstruppen in Ungarn einrücken zu lassen; doch wollen wir erst die Erfolge Radetzky's abwarten, ehe wir russische Hilfe in Anspruch nehmen. — Mit unseren Geldverhältnissen dagegen will es durchaus nicht vorwärts und ist Silbergeld nur gegen 12 vom Hundert zu bekommen. Gold ist sogar schon auf 25 Procent gestiegen. Die Furcht vor einem Staatsbankerott ist so groß, daß jedermann so viel als möglich strebt, sich einen kleinen Vorrath von Zwanzigern anzuschaffen und zu vergraben. (C. 3.)

Die Insurgenten werden bei Debreczin immer mehr und mehr so beengt, daß es ihnen an Fourage und Lebensmitteln zu mangeln anfängt, wie die Gefangenen und Schaaren von Deserturen bezeugen, welche täglich übergehen. Das Bombardement von Komorn wird nachdrücklich fortgesetzt. In der Nacht vom 21. auf den 22. brannte die Stadt an mehreren Orten; ein Thurm ist durch den Brand zusammengestürzt. Außer den Bomben gebraucht man auch Raketen. Die Besatzung antwortet und zwar mit Kanonen von großem Kaliber, aber ohne irgend einen Schaden zufügen zu können. Man glaubt, dieselbe werde vielleicht, um sich durchzuschlagen, einen tollkühnen Ausfall machen, der aber, da die Festung allenthalben umringt ist, nicht leicht zu einem Resultate führen dürfte. Das Elend der Einwohner ist auf das höchste gestiegen. Die Besatzung hat viele Kranke; sie ist aus Leuten von allen Nationen zusammengesetzt. Da übrigens die Einwohner bei dem durch die Bombardirung der Stadt entstandenen Brande in Gährung geriethen, und zu revoltiren im Begriffe stehen, die Artilleristen größtentheils getödtet und sehr ungeschickt, viele Geschütze unbrauchbar gemacht sind, und von den in der Batterie befindlichen 5 Kanonen 2 derselben nicht nach dem angegriffenen Punkte hingerichtet werden können, auch das Ingenieurcorps anzeigt, daß die in Bresche geschossenen Verschanzungen nicht lange mehr Widerstand leisten können, so ist in Erwägung dieser Umstände zu erwarten, daß sich die Festung nicht mehr lange halten dürfte.

Aus Peterwardein haben wir keine näheren Nachrichten. Die Belagerungstruppen halten die Festung eunirt. Der Termin zur Uebergabe ist abgelaufen, die Antwort der Magyaren ist noch nicht bekannt. — Kossuth befindet sich nicht mehr in Debreczin, sondern beim Insurgentenheere, das er durch feurige Reden entflammt. Eine seiner letzten Reden soll er im ungarischen Krönungsmantel gehalten, zugleich sich aber gegen jede Annäherung der königlichen Würde verwahrt haben. — Die Gerüchte von der Entmuthigung der Insurgenten und bevorstehenden Friedensanerbietungen aus Debreczin erneuern sich übrigens. Wie sicher die kaiserliche Armee sich glaubt, erbellt daraus, daß man die neugebauten Pest-Ofener Schanzen bereits wieder demolirt.

Berlin, 26. März. Das gegenwärtige Ministerium steht eigentlich ohne Stütze da, und wird nur durch den Gegenfreit der verschiedenen Bestrebungen einigermaßen gehalten. Derjenige Hofpartei, die man gewöhnlich mit dem Namen Camarilla bezeichnet, ist dasselbe zu liberal, es hat also in dieser Partei durchaus keinen Stützpunkt. Mit dem Militärbefehlshaber, Herrn v. Wrangel, liegt dasselbe gleichfalls in einem fortwährenden Hader; es will das Ministerium doch stets die gesetzlichen Formen einigermaßen beobachtet sehen, da es schließlich doch alle Vorkommnisse zu verantworten hat. Wie das Junkerthum und die Anhänger des alten Systems dem Ministerium überhaupt gegenübersehen, das sieht man am besten aus den Feindseligkeiten der „Neuen preuß. Ztg.“ gegen dasselbe. Innerhalb der Kammer endlich hat es die ganze Linke zu seinen principuellen Gegnern, von der äußersten Rechten wird es mit Mißtrauen betrachtet, weil diese überhaupt weiter zurück möchte, als das Ministerium, und die eigentliche constitutionelle Partei mit Herrn v. Binde und Herrn v. Auerswald zeigt sich sehr empfindlich verletzt, wenn man sie ministeriell nennt; diese Männer schützen das Ministerium nur momentan, um den Bestrebungen der Linken entgegen zu treten, nicht aber aus Sympathie für die Minister selbst. Das Ministerium scheint denn wirklich auch selbst zu der Erkenntnis von der Nothwendigkeit seines Rücktritts gelangt zu sein und nur den Wunsch zu hegen, nicht sowohl bei Gelegenheit einer inneren politischen Frage, sondern vielmehr am liebsten wegen seiner deutschen Politik zurückzutreten, wie der Graf Arnim sie ja schon wegen der Beurtheilung, welche die Circularnote vom 10. März erfahren hat, angeboten hatte. Gewiß ist es, daß das allgemein verbreitete Gerücht wegen der Berufung Heinrich v. Gagern nicht ganz ohne Grund ist, wenigstens hat der Präsident der zweiten Kammer an ihm nahe stehende Personen die Mittheilung gemacht, daß er wegen der Bildung eines neuen Cabinets zu Rathe gezogen sei, und hierbei die Berufung Gagern's mit dem Zusatze empfohlen habe, daß man diesem dann unbedingte Vollmacht für die Zusammenfügung des Cabinets geben möge.

In den höheren Regionen unserer Politik scheint seit zwei Tagen eine wesentliche Aenderung vorgegangen zu sein, die leicht auch auf den Gang der schleswig-holsteinischen Angelegenheit von Einfluß sein dürfte. Mehrere englische Cabinetscouriere nämlich, die gestern und heute hier hindurch eilten, überbringen von Lord Pousonby, dem englischen Gesandten in Konstantinopel, Mittheilungen an Lord Palmerston darüber, daß von Seiten Russlands alle Vorstellungen, welche er hinsichtlich einer Räumung der Donaufürstenthümer gemacht habe, entschieden zurückgewiesen worden seien, und daß in weiterer Folge die hohe Pforte an ihn, den englischen Gesandten, die bestimmte Bitte gestellt habe, die thatkräftige Unterstützung seiner Regierung behufs einer Zurückweisung der russischen Uebergriffe zu vermitteln. Sollten in Folge der Ereignisse, die aus Anlaß dieser Thatsache in nächster Zukunft eintreten dürften, etwa die Engländer zu einem entschiedenen Auftreten gegen die russischen Bestrebungen vermocht werden, so kann die Rückwirkung für die deutsch-dänische Angelegenheit nicht ausbleiben. (R. 3.)

Stuttgart, 26. März. Die Kammer der Abgeordneten kam in der heutigen Sitzung an die höchst wichtige Bestimmung des Entwurfs zur Gemeindeordnung, daß auch denjenigen württembergischen und andern deutschen Staatsbürgern, welche innerhalb des Gemeindebezirks seit länger als zwei Jahren ihren Wohnsitz haben und ein der Gemeindebesteuerung unterworfenenes Einkommen oder Vermögen besitzen, das Wahl- und Wählbarkeitsrecht zustehe. Diese Ausdehnung des Grundgesetzes, wer an den Kosten der Gesellschaft Theil nimmt, soll auch an den Gesellschaftsrechten Theil nehmen, klingt, wie der Berichterstatter Zwerg er ausführte, zwar sehr patriotisch, hat aber auch ihre Bedenken. Denn so lange ein allgemeines deutsches Reichsbürgerrecht, so lange die Grundrechte der deutschen Nation noch nicht zur Wahrheit geworden sind, so lange muß es bedenklich erscheinen, jetzt schon allen Deutschen in unserm kleinen Staate die gleichen Rechte, wie den eigenen Staatsbürgern zuzugestehen. Der Abg. Keyscher, wohl im Unmuth über die neueste Wendung der deutschen Angelegenheiten, nannte es eine Gutmüthigkeit der württembergischen Regierung, wenn sie immer vorangehe in der Unterwerfung unter die Centralgewalt, in der Durchführung der Grundrechte, in der Bezahlung der Flottenbeiträge, und verlangte, der Patriotismus müsse hier stille stehen, bis auch die andern Staaten nachkommen. Es wurde auch von der Kammer der Abgeordneten aufgenommen, wornach die politischen Rechte bei uns nur den deutschen Staatsbürgern ertheilt werden sollen, in deren Ländern der gleiche Grundgesetz gilt. Wenn es nun unserer Gesetzgebung zur Ehre gereicht, daß sie in Anerkennung der engen Verbindung der deutschen Stämme, wie Staatsrath Duvernoy sagt, als die Erste vorangeht, so wollen wir nur hoffen, daß dasselbe Recht auch den Württembergern in den übrigen deutschen Staaten bald möge eingeräumt werden, daß der sehnlichste Ruf: Ein großes, einiges Deutschland, bald zur Erfüllung gelangen möge. Die zweite Frage, welche durch den vorliegenden Gesetzesartikel angeregt wurde, handelte davon, welches der beiden Extreme man wolle, das französische System, das das Gemeindeleben verflacht und am Ende auflöst, oder das germanische System der Reichsstädte, welches eine geschlossene Gemeinde verlangt und be-

günstig. Neyscher, Kanzler Wächter, Freiherr v. Linden, Menzel, Freih. v. Barnbüler waren gegen den Regierungsentwurf, in welchem sie nichts anderes als die französische Centralisation erblicken könnten, bei welcher der Maire alles, und die Gemeinde nichts gilt, bei welcher am Ende die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten in die Hände völlig Interesseloser, Fremder gelangt. Dagegen sprachen Becher, Seeger, Schweikardt, Wiest von Eplingen mit Freuden für den Gesetzesentwurf, welchen sie von dem allgemeinen Volks- und Zeitbewußtsein gefordert, als ebenso gerecht wie freisinnig erkannten, von welchem sie hoffen, daß er die mittelalterliche Abgeschlossenheit und das Spießbürgerthum abstreifen, die Gemeinde mit neuen Intelligenzen bereichern und erfrischen werde. Nachdem Wiest's Amendement, daß die Zeitdauer des Wohnsitzes innerhalb des Gemeindebezirks auf fünf Jahre bestimmt werden solle, abgelehnt worden war, wurde dieselbe auf drei Jahre, statt der zwei Jahre des Gesetzesentwurfs, von der Kammer bestimmt. Der verlangte Strich des ganzen Artikels wird mit 60 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Der von der Kammer genehmigte Artikel lautet nun: Außer den Gemeindegewählten steht auch denjenigen württembergischen und andern deutschen Staatsbürgern, in deren Ländern der gleiche Grundsatz gilt, und welche, abgesehen von der Gemeindegewähltheit, seit drei dem Wahltermine vorangegangenen Rechnungsjahren innerhalb des Gemeindebezirks nicht nur Wohnsteuer, sondern auch aus einem der Besteuerung dieser Gemeinde unterworfenen Vermögen- oder Einkommensteuer entrichten, oder, wenn sie gefordert würde, zu entrichten hätten, das Wahl- und Wählbarkeitsrecht zu. — Staatsrath Goppelt bringt einen Gesetzesentwurf ein, betreffend die abermalige Verlängerung der Forterhebung der Steuern bis zum Schlusse des Etatsjahrs.

* Kassel, 27. März. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung zeigte der Präsident an, daß auf die ständische Adresse wegen Verminderung der Hofdotations folgen des Schreiben Sr. k. Hoh. eingegangen sei. Dem Hrn. Präsidenten der Ständeversammlung eröffne ich auf die mir durch eine Deputation derselben am 20. überreichte Adresse, daß ich nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse eine Verringerung der Hofdotations um so weniger zu bewilligen vermag, als ich in einem solchen Zugeständnisse einen wesentlichen Vortheil für die Wohlfahrt des Landes nicht erblicken kann, welche ich durch eingreifende Maßregeln unter dem Beirathe meiner Minister und der verfassungsmäßigen Mitwirkung der freien Landstände nach Möglichkeit zu fördern auch ferner bestrebt sein werde. Kassel, am 26. März 1849. Friedrich Wilhelm." Der Präsident entbedauerte diese Entschlie-ßung und forderte die Versammlung zur Fortsetzung der Berathung auf. Die Herren Wolff, Weinzierl und Bayr hoffer sprachen sich für Ablehnung der Hofdotations aus. Zuletzt wurde ein Amendement des Herrn v. Sybel angenommen, welches dahin geht: „Den Posten Tit. A 1 des Ausgabenbudgets unter folgender Erklärung an die Staatsregierung zu bewilligen: 1) die Ständeversammlung behalte bei ihrem Beschlusse sich und dem Lande alle etwaigen Rechtsansprüche wegen einzelner Theile, sowie wegen der Art der Verwendung der Hofdotations, möge der Gegenstand derselben in der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft liegen, ausdrücklich vor; 2) der bisherige Betrag der Hofdotations sei, wie die Ständeversammlung fortwährend behaupten müsse, sowohl im Verhältnisse zu den Civilisten aller andern europäischen Staaten, als im Verhältnisse zu den Hilfsmitteln des Landes übermäßig; 3) die Ständeversammlung beklage es demnach auf das tiefste, daß bisher Sr. k. Hoh. eine abweichende Ansicht über dieses Verhältnisse festhalten zu müssen glaube, und spreche ihrerseits ihre Ansicht dahin aus, daß die Verringerung der Hofdotations bei der jetzigen Lage des Landes sowohl in dem wohlverstandenen Interesse, als der richtig aufgefaßten Pflicht des Regenten liege; 4) sie erachte es ferner als eine dringende und wesentliche Pflicht aller Mitglieder des Staatsministeriums, unablässig und unabweislich auf einer angemessenen Verringerung der Hofdotations zu bestehen; 5) die Ständeversammlung beauftrage zugleich ihren bleibenden Ausschuss, unablässig bis zur Erreichung des Zieles im gleichem Sinne sowohl bei dem Landesherren, als bei dem Ministerium zu wirken, der nächsten Ständeversammlung sofort nach deren Constituierung über diese Schritte und deren Erfolg Bericht zu erstatten und die entsprechenden Anträge zu stellen; 6) die Ständeversammlung sage sich feierlich los von der Verantwortlichkeit für jede unheilvolle Folge, welche eine fortgesetzte Weigerung haben könnte; 7) unter diesen Voraussetzungen bewillige die Ständeversammlung den diesjährigen Betrag lediglich deshalb, weil sie es für ihre Pflicht halte, ein unzweifelhaftes Vertragsrecht einseitig nicht anzutasten.“ — Die Abstimmung über die Bewilligung der Hofdotations erfolgte mit namentlicher Abstimmung. Die Hofdotations wurde unter der angeführten Sybel'schen Erklärung mit 27 gegen 16 Stimmen bewilligt.

Brake, 26. März. Heute Nachmittag ist unter dem Donner der Kanonen die zweite deutsche Dampfregatte, die bisher den Namen „Acadia“ führte und in der Folge den Namen „Erzherzog Johann“ führen wird, hier angekommen. Einen wesentlichen Schaden hat die Fregatte durch das Auslaufen auf den Terschelling nicht genommen. Vorläufig dürfte sich der diesige Platz eines regen Verkehrs und eines guten Verdienstes von diesen Fregatten zu erfreuen haben. Die Anmeldung von Matrosen zum Dienst ist größer, als man erwarten durfte. (W. 3.)

Italien.

Kriegsschauplatz in Oberitalien.

Der mailändische Courier vom 25. und 26. ist sowohl den 27. Abends, als den 28. in Basel ausgeblieben; ebenso fehlen die Berichte aus dem Tessin und von der lombardischen Grenze, vermuthlich in Folge des großen Schneefalls auf dem St. Gotthardt. Die directen Berichte aus Mailand gehen daher nicht weiter als bis zum 24. Indessen stellen wir aus verschiedenen Blättern sowohl

über die Gefechte bei Mortara und Gambolo am 21., als über die zweite blutige Schlacht bei Novara am 23., einige nähere Angaben zusammen, die ein ziemlich übersichtliches Bild über die Kriegsoperationen gewähren. Die österreichische Armee, welche am 20. bei Pavia den Tessin überschritt, war vier Armeecorps, etwa 60,000 Mann stark. Die Zahl der Piemontesen, welche ihrerseits am gleichen Tage bei Buffalora über den Tessin ging und bis Magenta vorrückte, wird verschieden angegeben; nach den einen waren es vier Divisionen unter Ehrzanowsky's und Karl Alberts eigener Anführung, also etwa 40,000 M., nach den andern betrug dieselbe nicht über 20,000 M., nach sardinischen Berichten war es nur eine einzige Division, die 4te, also ungefähr 10,000 Mann. Es wird jedoch von allen Seiten gemeldet, daß durch den raschen Marsch der Oesterreicher nach Mortara und Novara die piemontesische Armee, die in die Lombardie eingedrungen war, zum Rückzuge auf ihr Gebiet genöthigt war, und es ist deshalb wahrscheinlich, daß bei dem zweiten Treffen, das am 23. in der Nähe von Novara stattfand, beiderseits bedeutende Truppenmassen einander gegenüberstanden.

Berichte aus Turin befähigen in ihrer Weise das, was die österreichischen Berichte melden. Natürlich gestehen sie die Niederlage nicht geradezu ein, sondern behaupten, der Feind sei zurückgeschlagen worden, da sie aber von Fortsetzung des Kampfes zwischen Novara und Mortara sprechen, so ist es deutlich genug, wie sich die Sache verhalte. — Am 21. wurde in der Deputirtenkammer in Turin angezeigt, daß die Piemontesen Pavia besetzt hätten. Dieser Nachricht wird jedoch am 22. widersprochen und berichtet, daß Radezky noch in Pavia sei. — Vom 21. wird aus Vigevano gemeldet, die lombardische Division sei dem General Fantini übergeben worden, da Romarino nach dem Hauptquartier abgerufen wurde, um Rechnung abzulegen. Von den Gefechten vom 21. wird aus Bercelli berichtet, bei Vigevano hätten die Piemontesen 1500 Gefangene gemacht, bei Mortara aber seien sie genöthigt worden, sich zurückzuziehen. — Endlich gibt ein Brief von Ehrzanowsky vom 22. folgende Details über die Gefechte vom 21. Von Gambolo wird von mehrfach wiederholten Angriffen auf die Oesterreicher und sehr hartnäckigem mehr als vierstündigem Kampfe berichtet, in welchem die Piemontesen (die Brigade von Savoyen und die ihr zu Hilfe geeilte 4. Division) das Feld behaupteten. (Die vierte Division war mithin über den Tessin zurückgekehrt.) Am gleichen Tage griffen die Oesterreicher zwei andere Divisionen an (die erste und die Reservedivision), welche zwischen Mortara, Bepolate und Novara aufgestellt waren; der Kampf war kurz, die erste Division nahm daran nicht den gehörigen Antheil, und der Feind besetzte Mortara. Am 22. war kein Gefecht. Das Hauptquartier ist nach Novara verlegt, wo sich der König befindet. Die Prinzen sind an der Spitze ihrer Divisionen. Der Generalmajor hat alle seine Truppen auf dem rechten Flügel des Feindes concentrirt. — Einige entflozene Soldaten haben in Bercelli großen Schrecken verbreitet. — Die „Concordia“ theilt endlich einen Brief eines Offiziers aus Treccate mit, welcher die Niederlage eingesteht, aber die Sache keineswegs für verloren hält. In Turin herrschte große Besorgniß. Aus diesen Berichten ergibt sich, daß die ganze sardinische Armee bei Novara stand, und daß also wahrscheinlich die am 23. gelieferte Schlacht eine entscheidende gewesen sein muß.

Eine Correspondenz der „Eidgenössischen Zeitung“ aus Arona 24. März bekräftigt unsere gestrige Nachricht von der Schlacht zwischen Mortara und Novara vom 23., und bringt noch mehrere Einzelheiten: Gestern entbrannte unsern Novara (ala Bivoceca) der wüthendste und blutigste Kampf, den man je gesehen. Die Unsern waren trefflich posirt und brachten die Oesterreicher zum Weichen, als man diese plötzlich wieder vorrückten und das verlorene Terrain wieder einnehmen sah, und man weiß bestimmt, daß sie diese Nacht in Novara eingerückt sind. Die Kanonade dauerte ununterbrochen von 11 bis 7 Uhr gestern Abends. Man kann noch nicht wissen, wie stark das feindliche Heer ist, doch kann es mit Sicherheit auf 50,000 Mann angeschlagen werden. Es scheint, daß das Hauptquartier sich hieher zurückzieht, wie auch der Rest der Armee, welcher in großer Unordnung sein soll. Die Zahl der Todten ist auf beiden Seiten sehr stark, läßt sich aber noch nicht bestimmen. Der König Karl Albert soll schon in Alessandrien oder auf dem Wege nach Turin sein. Ungeachtet der schmerzlichen Kunde, welche der Verrath des General Romarino verursachte, wäre für unsere Sache nicht viel zu fürchten, weil der Haupttheil unserer Armee auf dem jenseitigen rechten Flügel steht, dessen Leistungen noch nicht bekannt sind. Diesen Morgen wurde von unserer Civica der infame Romarino festgenommen, welcher sich nebst einem Obersten und einem Offizier über den See flüchten wollte. — Die Einnahme von Novara wird auch durch einen in Luzern eingetroffenen Brief aus Arona als gewiß gemeldet.

Verschiedene Berichte melden von großer Desertion in der piemontesischen Armee. Die „Schwyz. Ztg.“ läßt sich schreiben, am 19. sei ein Detachement von 160 Cavalleristen, das zu den Oesterreichern übergehen wollte, decimirt, also 16 Mann erschossen worden.

Der „Karlser. Ztg.“ schreibt ihr Pariser Correspondent: „Karl Albert scheint darauf gerechnet zu haben, daß, falls er von Radezky geschlagen würde, und dieser in Piemont vorrückte, die französische Armee notgedrungen die Alpen würde überschreiten müssen, um ihn zu retten. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Frankreich bereits mit England dahin übereingekommen ist, den König Karl Albert die Folgen seines wahnsinnigen Unternehmens büßen zu lassen. Die zeitweilige Besetzung von Piemont durch Radezky wird von den Vermittlungsmächten nicht als ein Kriegsanzug, sondern lediglich als die notwendige Wirkung des von Karl Albert herausgeforderten Kampfes angesehen werden, und wenn auch Radezky noch weiter als bis nach Turin vordringen sollte, so wird darum kein einziger französischer Soldat die Alpen überschreiten; Sie dürfen es mir glauben.“

Belgien.

Brüssel, 26. März. Unsere Hauptstadt war den ganzen gestrigen Abend äußerst belebt. Aus Anlaß des Banketts im Prado waren in allen Stadttheilen ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Am Stadthause und auf dem Minzplage waren Posten der Bürgergarde aufgestellt und einige Militärposten waren verdoppelt. Nirgendwo wurde übrigens die öffentliche Ruhe gestört. Der Bürgermeister de Brouckere blieb einen Theil der Nacht im Stadthause. Noch spätr man mehreren Individuen nach, gegen die, als in das vor einigen Tagen entdeckte Complot verwickelt, Haftbefehle erlassen wurden. Bis jetzt wurden etwa 20 Personen verhaftet, unter denen sich aber Niemand von Bedeutung befindet.

Nachricht.

Frankfurt, 30. März. Die Abgeordneten der Reichsversammlung sind heute früh von hier über Biebrich nach Köln abgereist. In Köln übernachteten sie und reisen von da morgen auf der Eisenbahn bis Bückeburg, wo sie die Nacht zu bleiben gedenken. Für die folgende Tagesreise haben sie nur die Strecke bis Magdeburg bestimmt, weil sie sich in Hannover und Braunschweig aufzuhalten wünschen. Am Montag Nachmittag endlich trifft die Deputation in Berlin ein. Während der Abwesenheit des Commandanten Major Deeg, der sich unter der Reichsgesandtschaft befindet, wird sein Amt dem österreichischen Befehlshaber übertragen.

Frankfurt, 30. März. Von unsern > und < Correspondenten in Mainz geht uns, bezüglich auf die jüngsten Vorfälle in dieser Stadt, veranlaßt durch das Wiederauftreten des Marktmeisters Goffi, die Berichtigung zu, daß der Ruf: „Zu den Barrikaden“, nur einmal von Jemand ausgestoßen, von der Volksmenge, der sich kein „Pöbel“ beigemischt, aber durchaus nicht beachtet worden sei, indem es jener Menge keineswegs um Auflehnung oder Unruhefistung, sondern einzig und allein um einen energischen Protest gegen das amtliche Wiederauftreten des obengenannten Marktmeisters zu thun war.

Wetzlar, 29. März. Die lange sehnlichst erwartete Nachricht, daß die deutsche Nationalversammlung ihrer und Deutschlands würdig, König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum erblichen Kaiser der Deutschen am gestrigen Tage erwählt und proclamirt habe, hatte kaum diesen Morgen hiesige Stadt erreicht, als im ungemessenen Freudentaumel Geschüßesdonner von 101 Böllerschüssen, das Läuten aller Glocken, das Prangen der wallenden deutschen und preussischen Fahnen im schönen Bunde auf der Spitze des ehrwürdigen Doms, Pausen- und Posannenklang das großartige Ereigniß den Einwohnern der Stadt und seiner Umgegend verkündeten.

Kassel, 29. März. (Telegraphische Nachricht.) Die gestern Abend noch verbreitete Nachricht von der Kaiserwahl wird heute durch überall aufgesteckte deutsche Fahnen gefeiert. In der Ständeversammlung wurde sie heute Morgen verkündet. (D. 3.)

Hamburg, 27. März. Gestern sind Prinz Albert von Sachsen und Prinz Friedrich von Augustenburger-Nor auf der Durchreise hier angekommen. — Außer den sehr zahlreichen, bereits durch Altona gekommenen Bataillonen Infanterie und Batterien Fußartillerie sind auch schon einige reitende Batterien und Cavallerie (bayerische Chevaurlegers) theils hier, theils in Altona angelangt.

Modena, Am 19. März erschien folgendes Proclam des Herzogs: „Während wir es angemessen fanden, den Sitz unserer Regierung nach Brescello zu verlegen, sind die Minister angewiesen, dieselbe jeder in seinem Departement in Modena zu vertreten. In der Citadelle von Modena wird ein österreichisches Bataillon und eine Abtheilung unserer Truppen bleiben. Beide zum Schutz der ruhigen Einwohner. Wir hoffen, daß man den Beförden und Truppen bei Ausübung ihrer Pflichten nichts in den Weg legen wird. Franz.“

Börsenberichte.

Frankfurt, 29. März. Auch heute läßt sich keine wesentliche Veränderung mittheilen, größtentheils behaupteten sich die Course fest auf ihrem gestrigen Standpunkt. Von österreichischen Efficien blieben 3pEt. Metall. 71 1/2 pEt., 21 pEt. do. 38 1/2 pEt., Wienerbankactien 1149 fl., 500 fl. Loose 123 pEt., 250 fl. Loose 76 pEt. Von den übrigen Anlehenstloosen Kurs. 40 Rthlr. Loose begehrt, es geschahen darin Ankäufe für frühere in Blanco verkauften Partien, 26 7/8 Rthlr. dafür bezahlt und Geld. Bad. 35 fl. Loose 27 fl., do. 50 fl. Loose 46 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 3/4 fl., do. 50 fl. Loose 68 3/4 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 fl., Sardinische Loose 27 fr., Poln. 500 fl. Loose 73 1/2 Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen preishaltend. Holländische 2 1/2 pEt. Integralen 48 1/2 pEt. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32 3/4 Rthlr., Verbaan 71 1/2 pEt., Köln-Minden 75 1/4 pEt., Lannus 283 fl. In 3pEt. inländ. Span. zeigte sich heute im Geschäft mehr Leben; durch mehrfache Ankäufe, die in benannten Fonds geschahen, verbesserte sich der Cours derselben um 1/2 pEt. und schloß 21 3/4 pEt. G. In Besheim auch heute nur wenig gethan. London 120 3/4 7/8, Paris 95 1/2, Augsburg 119 3/4, Hamburg 88 1/8. (Wienercoupons 103.) Bei der heute stattgehabten Generalversammlung der Lannus Eisenbahngesellschaft zu Mainz wurde der Dividend für das Jahr 1848 auf 11 fl. festgestellt.

Amsterdam, 27. März. 4 Uhr. 2 1/2 pEt. Integ. 48 1/2, 5 1/2, 1/2. — 3pEt. Schuld 57 1/2. — 4pEt. 76 1/2. — 5pEt. Ard. 10 1/2. — do. à 510 Pf. St. 10 3/16, 1/8. — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 21 1/2, 11/16. — 3pEt. Portug. 27 3/4, 7/8. — 4pEt. do. 29, 23 3/4, 29 1/8. — Russ. 4pEt. bei Pope 81 3/8. — do. bei Stieglitz 81 1/2.

Anfänglich war die Stimmung in unsern inländ. Fonds etwas flauer, später bleibt der Markt wie gestern. Span. und Port. bleiben ebenfalls nach einer Neigung zur Preisverminderung wieder ganz wie gestern. Von den übrigen fremden Efficien läßt sich nichts besonderes mittheilen.

Madrid, 22. März. 3pEt. 22 P., n. d. B. 21 1/8 G. — 5pEt. 10 1/8 G.

London, 26. März. 3pEt. Staats 91 à 1/2. — 5pEt. Span. 16 3/4, 3/8. — Neue 3pEt. 30. — 4pEt. Port. 28, 27 1/8. — 2 1/2 pEt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Matthe.

Führer durch die Messe.

Baumwolle- und Wolle-Waaren.

Das Flanellwaaren-Lager von **A. Herold** aus Dingelstädt ist jetzt Schnurgasse 38.

[856] Fabrik-Lager in baumwollenen und wollenen Möbel-Damasten, Sarfenets und Schirtings von **J. Schäfer** aus Dingelstädt [855] in Thüringen. Schnurgasse 46.

[717] **Kirchhof & Sächsel**

aus Schmölln in Sachsen-Altenburg

haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und faconnirten Thibets u. wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Kräfte Lit. K. Nr. 95.

[896] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,

empfehlte für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft es gros wie en detail zu äusserst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab. Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

[886] **J. C. van der Beeck** in Elberfeld hält zur gegenwärtigen Messe Lager ganz wollener Shawls und Long-Shawls im Landsberg Nr. 20.

Kurze und Quincaille-Waaren.

Die Harmonica's-Fabrik von **Wagner & Comp.** in Gera

empfehlte zur Frankfurter a. M. Frühjahrsmesse ihre bekannten solid gearbeiteten Fabrikate in allen Sorten Accordion und Accord-Harmonica's zu billigen Preisen, und macht ausserdem auf ihr gut assortirtes Lager in Berliner Kurz-Waaren, namentlich Cigarren-Spizen, Papp-Galanterie, Leder, lackirte Blechartikel u. aufmerksam.

Verkaufslocal, Markt Nr. 46 (früher Lit. K. Nr. 123, auf dem Römerberg neben dem feineren Hause. [792]

[828] **Annonce.**

D. Vollgold & Sohn

Silberwaaren-Fabrikanten aus Berlin, vom 26. März bis 6. April im Gasthof zum Weidenbusch Parterre.

Uhren.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei **J. Eckhardt**, Hofmarkt F. 107. empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln u. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

[753] **Bekanntmachung.**

Mit landesherrlicher Genehmigung wird vom 1. t. M. an eine Personenpost Nachmittags 5 Uhr von Meiningen nach Wasungen und Schwallungen abgefertigt werden, was hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird, daß bei einem freien Reisegepäck von 40 Pfund das Personengeld von Meiningen nach Wasungen . . . 43 fr. " " " Schwallungen 55 fr. beträgt.

Frankfurt a. M., den 19. März 1849.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Külle.

Chales & Nouveautés en gros

von

[846]

Ch. Rosenthal & Cie. aus Paris.

Lager im Gasthof zum „Schwan“ Zimmer Nr. 16.

[734] **Local-Veränderung.**

Das Mantillen-, Mode- und weisse Waaren-Lager von **C. Schlesinger** befindet sich von heute an Liebfrauenberg Nr. 33 neu.

[684] **Für Sicht- und Nerven-Kranke.**

Die Rheumatismus-Tafeln des Dr. **Riofrei** in London, à fl. 1. 30 fr. pr. Stück, sichere Hilfe während gegen Rheumatismen, Sichte-, Gesicht-, Kopf-, Hals-, Zahn- und Brustschmerzen, Rücken- und Leidenweh, Krämpfe, Kothlauf, Augen- und Halsentzündungen, sind fortwährend durch Vermittlung des Herrn **Ph. Wm. Hölz** in Frankfurt a. M. zu beziehen.

Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit bieten: genannte Empfehlung aller medizinischen Journale des europäischen und amerikanischen Continents, dann mehrere Tausend ärztliche, amtliche und Privatzeugnisse, wovon eine Auswahl von Zeit zu Zeit in diesem Blatte erscheint.

Ausverkauf eines reichhaltigen antiquarischen Bücherlagers zu sehr billigen Preisen bei

Wimpfen & Goldschmidt,

Fabrgasse 1. 9 (neu 2).

Schriftliche Anfragen werden portofrei erbeten. [881]

Ankündigung.

Die Constitutionelle Zeitung

redigirt von

Dr. Carl Weil

[815] hat sich, seit der kurzen Zeit ihres Bestehens (26. Februar d. J.) einer so außerordentlichen Theilnahme des Publikums zu erfreuen, daß den neuen Bestellungen die früheren Nummern nicht mehr nachgeliefert werden konnten, weil die ganze Auflage vergriffen ist. Um so mehr wird das Ansuchen der Verlagsbuchhandlung, Bestellungen für das mit dem 1. April beginnende Quartal möglichst frühzeitig bei den nächstgelegenen Postämtern (in Berlin: bei der Expedition, Werderstraße 11.) und bei den in der Zeitung aufgeführten Distributoren und Speditoren anmelden zu wollen, gerechtfertigt sein. Bei später einkaufenden Bestellungen kann die Nachlieferung der alsdann bereits erschienenen Nummern nicht verbürgt werden. Preis für das 2. Quartal 1849 in Berlin 1 Thlr. 20 Sgr., in der ganzen Monarchie, incl. Porto 2 Thlr. Berlin, im März 1849.

C. S. Jonas und Beit & Comp.

Transport.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

zwischen

Wismar und Kopenhagen.



[543]

Das, als vorzüglich eingerichtet bereits bekannte, kupferfeste und kupferbodene Dampfschiff „Obotrit“, geführt vom Capitän **J. J. Seth**, wird regelmäßig jeden Mittwoch, nach Ankunft der Eisenbahnzüge von Hamburg und Berlin, Nachmittags 4 Uhr mit Passagieren, Gütern und Posteffekten von Wismar nach Kopenhagen, und jeden Sonnabend Nachmittags von Kopenhagen nach Wismar, wo es sich an die nach Hamburg und Berlin abgehenden Eisenbahnzüge anschließt, abgeben. Die erste Fahrt von Wismar nach Kopenhagen findet am Mittwoch den 7. März d. J. statt. Passage-Preise, so wie Güterfrachten sind aufs billigste gestellt.

Nähere Auskunft wird erteilt:

in Kopenhagen bei den Herren **Fiedler & Co.**,
in Hamburg „ „ „ **Samel & Co.**,
in Berlin „ „ „ **Fettkow & Sohn**,
in Wismar im Bureau der Dampfschiffahrt.

Wismar, im Februar 1849.

Direction der Mecklenb. Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Verschiedene Anzeigen.

Wilhelmsbad.

Sonntag den 1. April (3 Uhr)

Grosses Concert.

Restauration, Table d'hôte um 1 Uhr.

Eisenbahn von Frankfurt um 12 1/2 Uhr und um 3 Uhr.

zurück von Wilhelmsbad um 4 Uhr und um 7 Uhr. [889]

[859] Ein junger Mann, welcher die Lithographie in Frankreich erlernt hat, sucht gegen billigen Lohn Beschäftigung in einer derartigen Anstalt.

Hinsicht seines Charakters und seiner Fähigkeiten kann er die besten Zeugnisse aufbringen. — Derselbe würde auch um seine Zeit auszufüllen, Beschäftigung auf Stunden annehmen.

[759] Ein junger Mann, welcher der deutschen, französischen und englischen Sprache, sowie der Buchhalterei vollkommen mächtig ist, sucht eine Stelle. In

Gefällige Offerten an 'er Chiffre D besorgt die Expedition dieses Blattes.

scheidet, so wie in der unbedingten Zurückgabe der Beträge, im Falle das Mittel nach dem vorgeschriebenen Gebrauch des 6. Stückes nicht helfen sollte, durch den Agenten des Erfinders, Herrn Carl Graf in Augsburg. Solche rühmliche Unterscheidungen von der Charta-tanerie sind wohl zu beachten. Die Beträge sind bar und franco nebst 6 fr. für Verpackung und Einschreibgebühr einzufenden, auch wird bemerkt, daß jedem einzelnen Stück ein Gebrauchszettel beigegeben ist, der unter feiner Bedingung mangeln darf, und der u. a. die Kennzeichen der Echtheit genau angibt.

[877] **Einladung zum Abonnement** auf die

neue Königsberger Zeitung.

Die Tendenz des Blattes ist durch den frühern Jahrgang zur Genüge bekannt.

Die Nachrichten aus Russland werden unter den deutschen Zeitungen von diesem Blatte zuerst gebracht.

Abonnementspreis pro Quartal 1 Thlr. 7 1/2 Sgr.

Inserate werden mit 1 Sgr. berechnet.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Adolph Samter.

Einladung.

[878] Mit dem 1. April d. J. beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement der

Mannheimer Abendzeitung

und ihres Unterhaltungsblattes „**Reinische Blätter**“. Der Preis derselben ist in ganz Baden mit dem Postzuschlag 2 fl. 30 fr, welcher sich außerhalb des Großherzogthums um etwas erhöht. In Bayern, Preußen u. c. ist der Preis jetzt ermäßigt. Man abonniert in allen verehrlichen Postanstalten; für Frankreich, Spanien u. c. bei Hrn. Alexander in Strasbourg, Brandgasse Nr. 29 und Paris, rue Notre-Dame de Nazareth 23, in London bei Herrn Ewer et Comp., Newgate-Street Nr. 3.

Des richtigen Bezugs wegen bitten wir, die Bestellungen möglichst bald zu machen.

Ueber das am 20. März mit den Prozessen gegen „**Struve und Lind**“ beginnende Geschwornengericht haben wir ausführlichen Bericht in besondern Beilagen.

Bölkfreunde und Bölkvereine sind ersucht, für die Verbreitung des Blattes thätig zu sein.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Motto: Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Mit dem 1. April 1849 beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf diese täglich des Abends erscheinende Zeitung. Alle Postämter und Zeitungsexpeditoren des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an. Der Preis beträgt in Sachsen 2 Thlr., in Preußen 2 Thlr. 5/4 Sgr., in Oesterreich 7 fl. 36 fr.

Inserate finden durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die allgemeinste Verbreitung und werden für den Raum einer Zeile mit 2 Ngr. berechnet.

Leipzig, im März 1849.

[892]

J. A. Brockhaus.

Hannoversche Morgenzeitung.

Redacteur **H. Harrys.**

Durch die Vollständigkeit und außerordentliche Raschheit ihrer politischen Berichte, wie durch die ernste und gediegene Haltung ihrer leitenden Artikel hat die Morgenzeitung in kurzer Zeit einen sehr ausgedehnten Leserkreis namentlich in unserm Lande erworben. Durch Correspondenten in den Hauptstädten Deutschlands, Frankreichs und Englands, und durch ihre günstige Lage im Mittelpunkte der großen westlichen Eisenbahn unterhält, ist sie im Stande, die Nachrichten schneller als irgend eine auswärtige Zeitung in unserm Lande zu verbreiten.

Aus den Verhandlungen des hannoverschen Landtags liefert sie die kürzern Berichte unmittelbar nach den Sitzungen und zwar zeitig genug, um solche noch in ihrer ersten Auflage mit den Nachmittagsposten und Eisenbahnzügen zu befördern. Die ausführlicheren Berichte gibt sie den folgenden Tag. Jedes wichtigere Ereigniß des In- oder Auslandes, wovon sie nach Schluss ihres Blattes Kenntniss erlangt, wird durch Extra-Nummern, die mit den ersten Morgenzügen befördert werden, mitgeteilt. Auch sind die nöthigen Einrichtungen getroffen, vollständige Handelsberichte von allen Hauptmärkten Europa's zu geben. Der Preis unserer an allen Wochentagen (in wichtigen Fällen auch Sonntags) in Folio erscheinenden Zeitung beträgt vierteljährlich nur einen Thaler, wozu im ganzen Königreich nur der geringe Postzuschlag von 4 Sgr. 10 Pf. kommt.

Das Landtagsblatt wird den Abonnenten unserer Zeitung mit nur 12 Sgr. für die ganze Diät berechnet, muß aber besonders verlangt werden.

Bestellungen können nur bei den Postämtern gemacht werden. Hannover im März 1849. [831]

Expedition der hannoverschen Morgenzeitung.

Rhein- und Mosel-Zeitung.

Mit dem 1. April 1849 beginnt ein neues Quartal-Abonnement der in Koblenz erscheinenden Rhein- und Mosel-Zeitung. Diese Zeitung erscheint in größtem Formate täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und werden Beilagen gegeben, so oft es der Reichthum des Stoffes verlangt. Ihr Bestreben ist die Freiheit und Einheit Deutschlands, und bekämpft sie deswegen hartnäckig alle der Erreichung dieses hohen Zweckes widerstrebende Sondergelüste. Wenn die Rhein- und Mosel-Zeitung die Handlungen der preussischen Regierung mehr als die Handlungen anderer deutscher Regierungen einer scharfen Kritik unterwirft, so hat das seinen Grund darin, daß die Zeitung in der Rheinprovinz erscheint und also ihr, was von Preußen ausgeht, zunächst vorliegt; denn nach den Interessen Deutschlands hat sie die der Rheinprovinz am meisten im Auge. — Als belletristische Zugabe erscheinen wöchentlich zweimal die Zeitschwingen. Der Preis für die Rhein- und Mosel-Zeitung nebst Zeitschwingen beträgt vierteljährlich in Koblenz 1 Thlr. (Tragelohn extra), bei allen preussischen Postämtern 1 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Inserate aller Art werden aufgenommen und erhalten an dem ganzen Mittelrhein, den Moselgegenden und dem Herzogthum Nassau eine allgemeine Publicität. Die Preitzelle wird mit 1 Sgr. oder 3/4 fr. berechnet. [743]

[735] **Edictal-Ladung.**

Nachdem der Soldat **Philipp Schäfer** von Gemmerich, Herzl. Amts Braubach, aus Urlaub entwichen und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe nunmehr vom unterzeichneten Gerichte aufgefordert sich zu seiner Verantwortung deshalb bis zum

ersten Mai l. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens

der Desertion für schuldig erkannt und den bestehenden Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einhand-Capitals, zum Ertrage des Vertrages und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das desselbige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Wiesbaden, den 16. März 1849.

Militärgericht des Herzl. Nass. II. Regiments. Westerbürg, Auditor.